

# Dresdner Volkszeitung

Postfachloto: Dresden,  
Geb. & Comp., Nr. 1262.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Banfforto:  
Geb. Arnold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Alstadt.

Abonnementpreis einschließlich Druckerlöhn monatlich 45,00 M., durch die Post bezogen vierjährlich 135,00 M., unter Streitabzug für Deutschland monatlich 67,00 M., Einzelnummer 2,50 M.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstellen: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Geldabholzeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die gehaltene Komparellateile 9,00 M., Familienanzeigen  
6,50 M., die gehaltene Klassanzeige 5,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe  
Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung  
zur Aufnahme am vorgeführten Tag. Für Briefniederlegung 2 M.

Nr. 184

Dresden, Mittwoch den 9. August 1922

33. Jahrg.

## Abrüstung der Faschisten?

In mehreren Städten Italiens war in den letzten Wochen der Generalstreik ausgebrochen als Protest gegen den Terror, der mit großkapitalistischen Geldern gespielten faschistischen Verbündeten. Die organisierten Arbeiter forderten von der Regierung, daß sie gegen die Nebenregierung dieser Banden vorgehe und die Gesetzmäßigkeit wieder herstelle. Im Verlaufe des Streits kam es zu Kämpfen zwischen Streifenden und den mobilisierten Faschisten, die den Streik nach bewährtem Provo-Konzept niederzuwertern suchten, indem sie wiederum Gebäude der Sozialisten niederrissen und streisende niederschossen. In diesen Kämpfen, in denen es Tote und Verwundete gab und darüber gab, mußte endlich die Staatsgewalt eingreifen und Herstellung der Gesetzmäßigkeit sprechen, worauf der Streik abgedreht wurde. Über die „Demobilisierung“ der faschistischen Banden meldet der Druck:

Rom, 8. August. Die Faschistenpartei zeigte in einer Bekanntmachung an, daß der Generalsekretär der Partei alle Gewerkschaften telegraphisch zur Abhaltung aufgerufen habe. Der heutige Tag verlief ruhig. In ganz Italien feierten die Faschisten in ihrer Sammelplage zurück. Die Maßnahmen der Regierung zur Wiederherstellung der Ordnung erweisen sich als wirksam.

Es muß abgewartet werden, gegen wen sich die Maßnahmen der Regierung als „wilsam“ erweisen. Wahrscheinlich hat sie sich mit den Faschisten verständigt — bis zur nächsten faschistischen „Mobilisierung“. Über diese der Anarchie nahe kommende Zustände in Italien meldet eine italienische sozialistische Korrespondenz unter dem 4. August:

Wenn der Massenstreik gezeigt hat, daß heute wie gestern die organisierten Arbeiter den Anweisungen ihrer Organisation folge leisten, während die Arbeitslosen dem faschistischen Terror und dem faschistischen Gelde unterliegen, so hat er aber auch gezeigt, daß der gesetzliche Protest in der heutigen Phase des innerpolitischen Lebens Italiens nicht mehr am Platze ist. Man kann sich nur auf den Boden der Legalität stellen, wenn ein solcher Boden da ist. Aber aus den bürgerlichen Blättern selbst erinnert man in beliebigem Umfang das Beweismaterial, daß dies nicht der Fall war. In Rom waren 7600 auswärtige Faschisten zusammengezogen. Und doch war der Befehl mit Krafttagen der Tod, ebenso wie die öffentlichen Ansammlungen. Und die Faschisten hatten sich öffentlich versammelt, waren voll bewaffnet mit Pistolen ausgerüstet und keiner hatte ihnen ein Haar gekrümmt. Ihre Abgeordneten besetzten Städte und die bürgerliche Presse hat ihren Spaß daran!

Dieses Verschleben der faschistischen Schatten von einer Stadt zur anderen ist eine charakteristische Erscheinung der ganzen Bewegung. Man könnte meinen, daß die Faschisten von Ancona doch sehr gut die Arbeitskammer von Ancona, die von Umbrien die umbrischen Niederbrennen könnten. Das ist aber nicht der Fall: das ganze Brennen freut die Faschisten nicht, wenn nicht auch etwas Wandern dabei ist. Erstens reist man umsonst auf den Staatbahnen: „Mobilisierung“ sagen die Jungchen, wenn man sie nach dem Billett fragt; dann soll es empfehlenswert sein, wenn die Straferhebungen mit Plünderung nicht von „Einheimischen“ vorgenommen werden. Es ist besser, wenn die „Kriegstrophäen“ nicht an denselben Ort verschoben werden, wo man sie erbeutet hat. Das sind so Feinheiten, die der nichtfaschistische Laie nicht recht erfaßt.

Nun hat das alte Kabinett in seinen Reihen einen neuen Mann: den Minister des Innern, den Senator Todde, der wegen seiner Energie bei dem Niederschlagen der kommunistischen Unruhen in Turin und Ancona „bekannt“ ist. Von ihm führt aus den Tagen von 1917 in Turin ein Befehl, gewisse Strafen mit Maschinengewehren abschrecken und diese Arbeit nicht einzustellen, selbst wenn notorisch Unbeteiligte in die Schachkliniken kommen sollten. Todde ist als „starker Mann“ gerusen worden; sollte er nicht auch ein gelernter Mann sein, so wird er zum Fluch seines Landes werden. Kann er die Faschisten nicht im Raum halten und will er seine „Kraft“ an dem Proletariat auslassen, wird man zu sehen, was Zerstörungsfähiger und materieller Werte betrifft.

Die Faschisten hatten, gleich nach Proklamation des Massenstreiks, eine „Mobilisierungsbereit“ erlassen, in der sie der Regierung achtundvierzig Stunden Zeit ließen, die Ordnung wiederherzustellen; nach Verlauf dieser Frist würden sie die Staatsgewalt übernehmen. Sie wußten, daß der Streik auf achtundvierzig Stunden aberauamt worden war, und redeten ganz richtig daran, ihn durch dieses Ultimatum zu verlängern, was auch gelungen ist. Einzelne Schritte haben auch sehr niedlich die Regierungsgewalt übernommen, in dem sie zum Beispiel in Rom Punkt zwölf Uhr nachts Verhüttungen vornahmen oder androhten.

Dass man noch all dem auf den Gedanken verfallen könne, eine „Einheitsfront“ vorzuschlagen, in der Mussolini, der Faschisteführer, und Togatti, der Sozialist, zusammenwirken, beweist den völligen Mangal an Schamgefühl, der die bürgerliche Presse kennzeichnet. Wenn man beim Bürgerkrieg nur entgehen kann, indem sich alle gemeinsam im Not verstecken, dann ist der Bürgerkrieg vorzusehen. Man kann mit dem Gegner Frieden schließen, den man achtet. Man kann dem die Hand reichen, der schlechte Politik treibt, nicht dem, der mit dieser Politik ein gutes Geschäft macht. Wenn dem italienischen Proletariat nur die Wahl bleibt, zwischen den Brandgräbern der Faschisten und dem Bande mit ihnen, so zieht es immer noch die Brandgräber vor. Die Regierung mag überlegen, ob es nun ist, dem Proletariat nur diese Wahl zu lassen.

## Ablehnung der französischen Forderungen

Zusammenstöße der Sachverständigen — Kein Ultimatum Poincarés — Haute in Industrieaktionen

Die Aussprache der alliierten Finanzminister und Sachverständigen in der gestrigen Nachmittagssitzung war außerordentlich ernst, und es kam mehrfach zu ernsten Zusammenstößen zwischen dem englischen Finanzminister und dem französischen Minister Delastére. Die britischen Sachverständigen erklärten, daß die Alliierten schon auf Grund der früher getroffenen Abmachungen über präzise und produktive Pläne verfügen, wie z. B. die 25 prozentige Abgabe von der deutschen Ausfuhr und die Inanspruchnahme der Summe für Reparationszwecke. Leider hätte der im Mai vorigen Juhes eingesetzte Garantiausschuß die Nachbeschlüsse, ähnliche Maßnahmen zu erlassen, wenn er es für notwendig erachtet.

Finanzminister Delastére habe erwidert, daß Deutschland sich nicht mehr seines Verpflichtungen in Bezug auf die Abgabe vom Export entledige, wie es das mit dem Rest seiner Schulde tue. Wenn anderseits Deutschland für die schwedenden Schulden ein Moratorium bewilligt werde, könnten die ergriffenen Maßnahmen nicht mehr angewandt werden.

Es verlautet, daß aus dem Bericht des Sachverständigenausschusses hervorgeht, daß die Wehrheit des Ausschusses gegen die Errichtung einer Zollschranke und gegen die Erhebung von Steuern in dem besetzten Gebiet ist. Die Vorschläge, betreffend die Beschlagnahme von Bergwerken und Hütten, seien ebenso verworfen worden, doch sei ein System von Garantien erwartet werden, das die Lieferung von Kohle und Holz an die Alliierten sichert. Auch der Vorschlag, Deutschland solle sich einverstanden erklären, den Alliierten Anteile an den industriellen Konzernen zu gewähren, sei abgelehnt worden. Da von Italien ausgewichene Ansicht, ob liege ein Widerspruch darin, ein Moratorium zu gewähren und gleichzeitig deutsches Eigentum zu beschlagnahmen, habe günstig auf die Verhandlungen gewirkt.

Die zunächst entstandene Sorge, daß Poincaré seine ein Ultimatum vorstelle, und daß sie die Alternative der uneingeschränkten Annahme oder des selbständigen Vorgehens Frankreichs enthalte, wurde durch die Intervention Chamberlain's zerstreut, der Poincaré zu der Gefahr veranlaßt, daß, während der Grundzustand der Kontrolle anerkannt werden müsse, ihre endgültige Form eine offene Frage bleibe.

Einer der Hausteinführer Lloyd Georges gegen Poincaré klagte vor, daß die angewandte Methode sich im Gegenfaz zu den früheren Taktiken im Auslande bezieht machen müsste.

### Die Rede Lloyd Georges

In seiner Rede auf der Konferenz führte Lloyd George ferner aus: Die deutsche Regierung habe offenbar die verschiedenen Teile des Reiches nur unvollkommen in der Gewalt.

### Böhmen

zum Beispiel habe in der Entwicklungsfraße Schwierigkeiten gemacht. Man wisse, daß Böhmen auch in anderen Angelegenheiten eine selbständige Haltung eintrete. Trotzdem habe der Garantiausschuss im großen und ganzen einen günstigen Bericht über Deutschlands Bemühungen erbracht. Steuern einzuziehen. In dieser Beziehung arbeite Deutschland nicht schlecht. Es sei wahr, daß Deutschland über seine schwierige Lage klagen möchte. Die Versicherungen des Schuldners dürfen aber nicht ohne Nachprüfung angenommen werden. Über

es handle sich bei Deutschland nicht um bloßes Gejammer. Wenn ein Mann erklärte, er sei stark, so sei das vielleicht nicht wahr. Aber wenn man ihn das Thermometer in den Mund stelle und dieses steige auf 104, so würden seine Versicherungen gewiß Beachtung finden müssen. Deutschlands Wechselschulden habe 4000 M. für ein Pfund Sterling erreicht. Dies müsse von den alliierten Staatsmännern in Rechnung gezogen werden.

Es sei nicht der Ansicht, daß man Deutschland von irgend einer Zahlung, die es zu leisten insland sei, entbinden könne. An der deutschen Zahlung seien alle interessiert. Es handele sich aber nur um die geeignete Methode. Unter diesem Gesichtspunkt sollte auch jede Sanktion geprüft werden. Es könne sich nicht erinnern, daß es die Alliierten jemals abgelehnt hätten, Sanktionen gegen Deutschland anzuwenden, wenn Frankreich sie vorschlagen würde, außer wenn Frankreich mit den Alliierten darüber einig war, daß sie nutzlos seien. In Spa wurde vorschlagen, das Ruhrgebiet zu besetzen. Das sei nicht geschehen, nachdem einige maßgebende Militärs diesem Vorschlag wegen der großen Schwierigkeiten, mit der Besetzung des Ruhrgebiets fertig zu werden, widersprochen hätten. Die Alliierten hätten daher einhellig gegen diese Maßnahme gestimmt.

Als andererseits England vorschlug, Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort zu besetzen und eine Zollgrenze zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland zu errichten, hätten die anderen Alliierten nicht nur zugestimmt, sondern Großbritannien habe erwartet, seine Flotte heranziehen zu wollen, um möglicherfalls die Sanktionen zu verstüften.

Lord George sorgte weiter: Wenn Poincaré auf die Vergangenheit zu sprechen komme, so sei er wohl etwas hart gegen den Vertreter des Vertrags. Als einer der Urheber des Vertrages glaubte Lord George, daß der Vertrag wirkungsvoller gewesen sei, als Poincaré zugeben wolle. Zum Beispiel sei die Frage der Entwicklung sehr wichtig für Frankreichs Sicherheit, denn Deutschland habe 88 478 Geschütze ausgeschüttet.

Der diplomatische Mitarbeiter des Daily Telegraph schreibt: Der französische Ministerpräsident werde zweifellos den Einfluß genommen haben, daß alle Alliierten gegen einen oder mehrere Punkte seines Vorschlags seien. England wolle, daß Deutschland zahlt, und glaube, daß es unter dem vereinigten Druck der Alliierten zahlen werde, da es die Unterstützung Amerikas hinter sich habe, wenn ein maßpolter und profitabler Plan vorgelegt werde. Hierzu antworten die Franzosen, Deutschland habe unbedingt gehandelt und werde lediglich durch Zwang oder Zwangsabschöpfungen zur Zahlung veranlaßt werden. Die Alliierten sind der Meinung, daß, solange die Wiederherstellungsfrage und die Schuldensfrage Stückweise anstatt im ganzen behandelt würden, es schwer sein werde, zu einer Einigung zu gelangen.

### Poincaré und die deutsche Börse

In London stellt Herr Poincaré die wahnhaftesten Erfordernisseforderungen gegen Deutschland auf und fordert u. a. 20 Proz. vom Preis und Gewinn aller deutschen Aktiengesellschaften. Die Börse antwortet darauf mit einer furiösen Börse momentan in Bergwerksaktien. Sie liefert damit wieder einmal den Beweis, daß der deutsche Kapitalismus dünn und gewissenlos ist.

### Die Ausweisung der Deutschen

Dem Journal wird aus Straßburg berichtet: Die ersten Ausweisungsfällen sind von den Präfekten der drei Departements dem Oberkommissar in Straßburg mitgeteilt worden. Man erwartet jetzt nur noch den Befehl des Comité d'Ordonnance, um den betreffenden Deutschen ihre Ausweisung mitzutunzulassen. Man glaubt, daß innerhalb 24 Stunden eine Entscheidung getroffen werde. Die Straßburger Liste enthält 150 Namen. Von den sechs Ausweisungen, die am Sonnabend erfolgt seien, hat man drei zurücknehmen müssen, weil sich nachträglich herausgestellt hat, daß es sich um fiktiv veräußerte Franzosen handelt.

Paris, 9. August. Das Journal berichtet aus Straßburg, daß dort der Befehl eingetroffen sei, die ausgesprochenen Ausweisungen von Deutschen bis auf weiteres aufzuschieben. Nach dem Berichterstattung des Blattes hatte man für gestern abend den Beginn der Ausweisungen erwartet und für die Durchführung dieser Maßnahme bereits 50 Polizeiinspektoren bereit gestellt.

## Der unschuldige Gefährter!

Die Berliner Blätter mitteilten, daß der Reichswehrminister Dr. Gehrler jetzt dem Reichsheere offiziell Kenntnis von der Entlastung gegeben, die er dem Reichstag über die Vorgänge bei der Hindenburgsäule in Königswinter abgegeben hat. In einem Schreiben an den Reichspräsidenten, in dem er um Einsieg eines Unternehmungsausschusses für die Reichswehr bittet, erklärt der Minister: Ich lege Wert darauf, zum Ausdruck zu bringen, daß eine derartige Untersuchung mir als der beste Weg erscheint, um die systematische Lügepropaganda gegen das Heer in aller Öffentlichkeit aufzulösen.

Daher die Röte im Gesicht behält! — würde Onkel Dr. Gehrler sagen. „Lügenpropaganda“ nennt es dieser famose demokratische Reichswehrminister, wenn Republikaner aus Begeisterung um die Republik energisch auf die monarchistischen Reaktionen in der Reichswehr hinweisen. Statt jeder weiteren Auseinandersetzung wollen wir herzeigen, was in der sibylischen Reichswehr Neues Volk Oberleutnant a. D. Rühn einen Herrn Gehrler ins Stockbuch schreibt; es sind die Bezeichnungen eines Mannes, der die Reichswehr aus nächster Nähe kennen gelernt hat:

Die militär-pädagogische Arbeit Gehrlers hätte nach den Erwähnungen der Kapp-Lage nach zwei Richtungen einzugehen müssen. Zum einen die Zwangspensionierung aller als Bewaffneten einzuhaltenden vorbereiteten Offiziere...

und das deshalb durch Männer, deren Erziehung in einfachen bürgerlichen Kleinhäusern schon eine Schwäche gehabt hätte, daß der alte Stil des nördlichen Monopoliums, der das bürgerliche Erziehungsgefühl des byzantinischen Anstossen ist, aus der Reichswehr verschwindet. Es ist ein Schwund ohnegleichen, wenn von irgend jemand der Regierung vorgezogen wird, es gäbe keine demokratischen Offiziere. Sie wären hundertwerte zu haben, kriegerische, tüchtige Leute mit ausgeweiteter Dienstkenntnis und vorbildlichem Pflichtbewußtsein. Was geschah aber in der Reichswehr? Der Adel und die ehemaligen aktiven Offiziere konnten sich aller Offiziersstellen versichern, so daß heute mindestens 75 Prozent aller Reichswehroffiziere kleine Monarchisten sind, die auch die ihnen unterstellt Mannschaft in ihrem Sinne beeinflussen. In Bayern sind von den 6 Schwabonjägern fünf adelige, ehemalige Kammerjunker, Vagen oder Kadetten. Bei der Infanterie und Kavallerie ist das blaue Halbjahrt zwar nicht so stark vertreten. Dagegen aber nur ehemaliges Bernstoffszierzmaterial verhindert.

Im Ausland hält man uns nicht mit Unrecht für ein Volk von kleinen Narren. In Genf, Brüssel, Rom, Sofia und Wien, man sei im Kaffeehaus halbtot über die Wehrmacht der deutschen Republik energisch auf die Wehrmacht der demokratischen Republik einzugehen, was sie für gestern abend haben will. Das steht nicht auf ihr eigenes Instrument beschränkt.



## Erhöhte Teuerungszuschüsse

Durch das Gesetz über Teuerungsmaßnahmen für Militärenten vom 21. Juli d. J., das an die Stelle der bisherigen Leistungsbewilligungen des Reichsvermögensministers tritt, sind die Teuerungszuschüsse für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und Alttüchtige mit Wirkung vom 1. August d. J. um wesentlich erhöht worden. Sie betragen monatlich für einen Kriegsbeschädigten mit einer mindernden Erwerbsfähigkeit um 50 bis 80 v. H. 300 M. für einen Schwerbeschädigten mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um mehr als 80 v. H. 750 M. für eine erwerbstüchtige Witwe 500 M. für eine datierlose Witwe 250 M. für eine eternale Witwe über einem Altersteil 300 M. für ein Ehepaar 300 M. Empfänger eines Übergangsgeldes oder eines Handgeldes und Empfängerinnen einer Wintereuthilfe erhalten 150 M. Schwerbeschädigten und Haushaltsbegleitern wird, wenn sie für Kinder sorgen, für jedes Kind ein Zuschuss von 200 M. gewährt. Bei Neberschreitung der im Gesetz vorgesehenen Entnahmengrenze, die nach § 14 festgesetzt ist, verfügen die zuständigen Teuerungszuschüsse um zu betreuen, ob nicht der Teuerungszuschuss nur zum halben Betrage gewährt, bei einem Entnahmen, welches das Maß der dieser Sache erreicht, kommt der Teuerungszuschuss in Vergleich. In den Ostfriesischen B und C vermindern sich diese Entnahmengrenzen um 10, in den Ostfriesen D und E um 20 v. H. Schwerbeschädigte, die nur auf die Stelle angewiesen und nochmals einen Erwerb auszuüben nicht imstande sind, erhalten 1000 M. erwerbstüchtige Witwen unter den gleichen Voraussetzungen 700 M. Söhnen, die sich beim Überschreiten einer Entnahmengrenze daraus ergeben, daß die Entnahmengrenze geringer ist als der in Westfalen kommende halbe Teuerungszuschuß, werden ausgleichen. Auch Rechtsbeschädigte und erwerbstüchtige Witwen sollen die Teuerungszuschüsse erhalten, wenn sie trotz eigenen bemühens und trotz der Wirkung der Kriegsgerichte eine regelmäßige Erwerbsfähigkeit nicht aufzuweisen haben. Die Teuerungszuschüsse werden durch die Fürsorgestelle ausgezahlt. Die Erhöhung der Teuerungszulage nach § 87 RGStG für das Sterbegeld auf 200 v. H. für die Pflegezulage und für die dem Blinden zustehenden Unterhaltskosten für den Südburkland auf 250 v. H. haben die Verpflichtungsdauer angezeigt.

## Internationaler Bergarbeiter-Kongress

Als Präsident für den ersten Tag wurde einstimmig Herbert Smith, England, gewählt. Frank Hodges, England, wurde vereinigt zum internationalen Sekretär bestimmt. Die Eröffnungsrede des Präsidenten Smith war in demselben Sinne gehalten wie die gestrige Rede Hodges.

Die beantragte Annahme des russischen Bergarbeiterverbands zum Kongress und zur Internationalen wurde auf Vorschlag der Nebenkommision zunächst abgelehnt. Es wurde beschlossen, das Internationale Komitee mit der genauen Prüfung der Ziele dieser Organisation zu beauftragen. Der anwesende russische Vertreter kann als Guest am Kongress teilnehmen.

Nach Erledigung einer Reihe geschäftlicher Fragen referierte Frank Hodges, England, über die internationale Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen. Er deutete, daß in allen 14 Ländern, die dem Internationalen Bergarbeiterverband angehören, die Arbeitsbedingungen in den einen oder anderen Hinsicht voneinander abweichen. Von einer absolem Vereinheitlichung könne nicht die Rede sein. Möglicher sei es jedoch, den Gedanken darzuführen. In dieser Hinsicht leute in der Frage der Höhe, der Sicherheitsmaßnahmen, des Wissensbildungsrates der Arbeiter, der Pensionen usw. soll das Geschäftskomitee ein Votum einholen, für dessen Verwirklichung sich jedes einzelne Land einzehlen soll. Ferner erscheine eine internationale Regelung in der Verteilung der Kohlenprodukte zweckmäßig als un durchführbar. Um alle diesen Fragen sei eine einheitliche Aktion für Europa und Amerika erforderlich.

In der Aussprache erklärten sich die Engländer, Belgier und Deutschen für die vom Referenten vorgeschlagene Entscheidung, während die Franzosen befürworteten, nur den 1. Teil, der das Internationale Komitee beauftragt, ein Programm aufzustellen, zu können. — Mit 80 gegen 15 Stimmen wurde die Entscheidung angenommen. Es lautet:

Der Vorstand des Internationalen Bergarbeiterverbands wird beauftragt, ein einheitliches Programm der im Bergbau aller Länder durchzuführenden Ziele und Förderungen zu entwerfen, um soviel möglich auf der Grundlage der im Laufe der Zeit von den Mitgliedern des Internationalen Bergarbeiterverbands gefassten Beschlüsse. Zugleich werden die der Bergarbeiterinternationale entzöhdenden Ländere, das Rentenabkommen aufgefordert, in ihren Ländern die Verwirklichung dieser Ziele und Förderungen anzugeben, als den ersten Schritt auf dem Wege zur Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen in allen Bergbauländern der Welt. Die einzelnen Länder verzichten jedoch nur möglichen Weise die Besitzungen aller anderen Länder zur Errichtung solcher Ziele und Förderungen zu unterstützen.

Leider die Gewährung von Urlaub an die Bergarbeiter sprach Lombard, Belgien. Die internationale Konferenz habe sich wiederholt mit dieser Frage beschäftigt. 1913 in Karlsruhe wurde die Forderung eines 14-tägigen bezahlten Urlaubs aufgestellt. Der Redner empfahl eine Entschließung, die die seitdem bestehende internationale Kongressversammlung und die nationalen Sektion aufzieht, bis zum nächsten Kongress für alle Bände die praktische Organisation des jährlichen Urlaubs durchzuführen. — Diese Entschließung fand Annahme. Die Konferenz stimmt dagegen, weil sie eine internationale

Zum Schluß der Sitzung erhielt die Mandatsanstalt, die 2108 800 Mitglieder verteilen. Auf die einzelnen Länder entfallen: Deutschland 32 Delegierte für 150 000 Mitglieder, Frankreich 9 für 100 000, Belgien 2 für 80 000, England 38 für 80 000, Amerika 2 für 500 000, Holland 2 für 25 000, Luxemburg 2 für 24 000, Ungarn 2 für 17 000, Jugoslawien 1 für 20 000, Österreich 1 für 30 000 und Tschecho-Slowakei 17 Delegierte für 116 000 Mitglieder.

Die Verhandlungen wurden sodann auf Dienstag verlegt.

## Berbandstag der Fabrikarbeiter

In der Besprechung des Vorstandsergusses kam die Art, auch eine große Menge von Rednern zu Wort, doch ließ sie durchweg in gewöhnlichen Grenzen. Als Vertreter der jüngsten Zunft waren wohl E. von Brunn, Berlin, und W. Oeder, Leipzig, anwesend. Beide bezeichneten die Fabrikarbeiter als die schlechtesten beglaubigten der deutschen Arbeiter; daran trage die Einstellung des Gewerkschaftsverbandes auf die Arbeiterschaftspolitik ein. Ein Teil der Fabrikarbeiter forderte vom Berbandstag Zustimmung zu dem von Leipzig beantragten Waffensammlung gegen den Verband. Dem Redner antwortete Delichmann und Gaußler, Schütze in eingehender Darstellung des Standes um die Gewerkschaft erlösen möchte ihre Stimme für Reparate, Rente, Soße, Rentenf. o. M., Alter, Bischofsverba, Heftl. Freiberg, Elster, Köln u. a. Zusammen wurde die Gewerkschaftsvereinigung gegen das Gesetz angetreten, doch äußerten sich auch Stimmen der Erfurter gegen das Gesetz, das jetzt vom Verband empfohlenen rohstoffen Munition. Geschütze oder Minenwerfer sind nicht vorgesehen worden. Diese Waffen stammen wahrscheinlich vom sogenannten weißen Soldaten in Oberösterreich, aber sie sind aus gewinnwidrigem Material hergestellt worden, um sie zu erwerben.

und z. B. in Norddeutschland (Lübeck) zur Absonderung der Arbeiter aus der Fabrikindustrie und zur Verlegung von Personen nach Süddeutschland führt. Die Frage der Heimatlosigkeit legt Mengel (Hausvorstand) das Wirken des Vorstandes dar, das grundsätzlich auf ein Verbot der Heimatlosigkeit, mit der gebotenen Rückführung aber zunächst auf ihre mögliche Einschränkung und auf Verhinderung der Einsiedlung neuer Schäden in die Heimatlosigkeit hinausläuft. Den Vorstandsständpunkte zu den einzelnen Angespunkten vertraten im Weitergang der Debatte einbringlich Tiedemann in Mainz und Buzung vom Vorstand, neben denen auch andre Redner vorliegen, daß der Vorstand getan habe, was in seinen Kräften stand.

In bewertenden Ausführungen legte Wissell (A. D. G. B.) dar, wie Deutschland vor eine Umgestaltung seiner Wirtschaft gestellt sei, die, da sie sich auf dem sogenannten "reinen" revolutionären Wege nicht erreichen ließ, bis doch nicht ohne das Zutun der Arbeiter vollzogen wurde. Eine der Wege liegt hier in den Gewerkschaftsaufgaben der Arbeitsgemeinschaften. Wissell wirtschaftspolitischen Geschäftspunkten fügte Tiedemann in seinem Schlußwort noch weitere hinzu.

Nachdem über 30 Redner gesprochen, wurde Debatte schluß beschlossen, dem das eingeschlagene Schlußwort Deichmann folgte.

Die vom Ausschusssitzenden Thomsen, Hamburg, beantragte Entschließungsberetzung für den Gewerkschaftsrat wurde gegen eine Stimme abgelehnt. Gegen eine Stimme wurde der Leipziger Antrag auf Erteilung eines Wirtschaftssekretärs für den Vorstand wegen seiner Haltung in der Tabaksteuer, abgelehnt. Zwei von Düsseldorf und Berlin gestellte Anträge auf Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft wurden gegen etwa 10 Stimmen abgelehnt, mit einer der gleichen Stimmenzahl auch ein Antrag Zeig, der den Vorstand verpflichten sollte, davon zu wissen, daß das Korrespondenzblatt des A. D. G. B. im Sinne des Staatslandeswerkes wirken soll. Der Verbandsrat dokumentierte damit seine Ansicht, daß diese Tendenz beim Korrespondenzblatt vorhanden sei. Angenommen wurde ein Antrag Zeig, mit allen Mitteln jede Belastung des Tabakgewerbes zu bekämpfen, sowie sich zum Radikal der Tabakarbeiter auszuwählen. Eine Reihe von Anträgen wurden dem Vorstand überwiesen. Sie beziehen sich auf Anwendung einer andern Form als der bisherigen bei Urteilsentscheidungen auf Sitzbestimmungen bzw. Gewerkschaften. Damit begann die Verhandlung der vorliegenden 120 Anträge zum Statut und Wahlreglement, eingeleitet durch ein Referat des Kassierers & Coehn, der noch einmal ganz eingehend die Notwendigkeit der Ausarbeitung erhöhter Verbandsbestimmungen vorlegte.

## Kraugott v. Jagows Ehrenhaft

Die Rote Fahne brachte kürzlich die Nachricht, daß der Festungsgefangene v. Jagow in Gollnow von dem deutsch-nationalen pommerschen Landrat in Speck, Herrn v. Blügge, öfter zum Diner oder zur Jagd persönlich in der Rutsche abgeholt werde. Dazu weist der amtliche Preußische Polizeidienst berichtigend zu melden: Herr v. Blügge ist bereits seit dem Jahre 1906 aus dem Staatsdienst ausgeschieden. Im übrigen macht v. Jagow lediglich die jedem Festungsgefangene gestellten üblichen Ausgänge unter strenger Einholung der allgemein bewilligten Urlaubsgesetz. Die Bekämpfung einer Teilnahme an den Versammlungen der Rote Sozialisten und Heidelberg, ferner auf eine Wiederbehandlung der Heimatberichterstafe im Sinne des Vorstandes, auf die Wahrung der Interessen der durch die Fabrikarbeiter geschädigten Tabakarbeiter sowie auf laträtiges Wissen innerhalb der Gewerkschaften zur Erringung einer menschenwürdigen Freiheit. Dann begann die Verhandlung der vorliegenden 120 Anträge zum Statut und Wahlreglement, eingeleitet durch ein Referat des Kassierers & Coehn, der noch einmal ganz eingehend die Notwendigkeit der Ausarbeitung erhöhter Verbandsbestimmungen vorlegte.

Am 9. August 1922. Am Montag und Dienstag tagten im Brüsseler Gewerkschaftshaus Vertreter der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, der Londoner Internationale und der Wiener Arbeitsgemeinschaft, um gemeinsam den auf der letzten gemeinsamen Arbeiterversammlung gefassten Beschlüssen eine Enquête über die sozialstaatlichen Verhältnisse in Deutschland vorzubereiten. Von den Gewerkschaftsinternationales waren anwesend die belgischen Minnen, Joudoux, von der Londoner Internationale die Genossen Dr. Adolphe Brown, Braudore und Tom Shaw, die Wiener Arbeitsgemeinschaft war durch Leon Blum, Danneberg und Walther vertreten. Die Konferenz einigte sich auf einen bestimmten Plan, der von Leon Blum, von Shaw und Braudore ausgearbeitet und vorher sich mit der wirtschaftlichen Lage in Deutschland beschäftigt. Die verschiedenen Probleme wurden in einem Antrag zusammengefaßt, der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland beginnen soll. Das Unterforschungsbüro soll am Ende September bzw. Anfang Oktober fertiggestellt sein und dann in verschiedenen Sprachen veröffentlicht werden. Anschließend ist eine neue Konferenz bestimmt, die jedenfalls in Paris stattfinden wird und deren Aufgabe es sein soll, den bestimmt erarbeiteten Antrag zur Grundlage endgültiger Verträge zu machen. Im Zusammenhang mit den zur Erörterung stehenden Anträgen legte Danneberg der Kommission einen Bericht über die sozialstaatlichen Verhältnisse vor. Der Bericht wurde mit großem Interesse aufgenommen. Beschllossen wurde, den Reden aller Länder die Lebensbedingungen der österreichischen Arbeiterschaft bekanntzugeben. Diese Bekanntgabe betrifft die sozialstaatlichen und politischen Organisationen, in diesem Sinne auf die Regierung einzutreten.

## Sitzung der Gewerkschafts-Internationale

### Eigene Drachtmeldung

Brüssel, 9. August. Am Montag und Dienstag tagten im Brüsseler Gewerkschaftshaus Vertreter der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, der Londoner Internationale und der Wiener Arbeitsgemeinschaft, um gemeinsam den auf der letzten gemeinsamen Arbeiterversammlung gefassten Beschlüssen eine Enquête über die sozialstaatlichen Verhältnisse in Deutschland vorzubereiten. Von den Gewerkschaftsinternationales waren anwesend die belgischen Minnen, Joudoux, von der Londoner Internationale die Genossen Dr. Adolphe Brown, Braudore und Tom Shaw, die Wiener Arbeitsgemeinschaft war durch Leon Blum, Danneberg und Walther vertreten. Die Konferenz einigte sich auf einen bestimmten Plan, der von Leon Blum, von Shaw und Braudore ausgearbeitet und vorher sich mit der wirtschaftlichen Lage in Deutschland beschäftigt. Die verschiedenen Probleme wurden in einem Antrag zusammengefaßt, der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland beginnen soll. Das Unterforschungsbüro soll am Ende September bzw. Anfang Oktober fertiggestellt sein und dann in verschiedenen Sprachen veröffentlicht werden. Anschließend ist eine neue Konferenz bestimmt, die jedenfalls in Paris stattfinden wird und deren Aufgabe es sein soll, den bestimmt erarbeiteten Antrag zur Grundlage endgültiger Verträge zu machen. Im Zusammenhang mit den zur Erörterung stehenden Anträgen legte Danneberg der Kommission einen Bericht über die sozialstaatlichen Verhältnisse vor. Der Bericht wurde mit großem Interesse aufgenommen. Beschllossen wurde, den Reden aller Länder die Lebensbedingungen der österreichischen Arbeiterschaft bekanntzugeben. Diese Bekanntgabe betrifft die sozialstaatlichen und politischen Organisationen, in diesem Sinne auf die Regierung einzutreten.

## Kleine politische Nachrichten

### Es kommt doch endlich!

Berlin, 9. August. Der Sozialistische Ministerpräsident Graf Ebert hat in Begleitung der Minister Schröder und Gehrts letzter heutige Kabinettsitzung hier eingetroffen.

### Waffenfund in Metz

Nach einer Drachtmeldung soll von der interalliierten Kommission in der Festung Metz 1000 Tonnen Kriegsmaterial gefunden worden sein.

Die sofort getroffenen Feststellungen haben ergeben, daß in der Tat in den Kasernen der längst geschafften Festung Metz in einigen von der Militärverwaltung nicht mehr benutzten Räumen Kriegsmaterial in größeren Mengen vorgefunden worden ist. Entdeckt wurden u. a. 548 Gewehre und Karabiner, 6 leichte und 8 schwere Maschinengewehre, außerdem große Mengen von Rümpfen und Munition. Geschütze oder Minenwerfer sind nicht vorgefunden worden. Diese Waffen stammen wahrscheinlich vom sogenannten weißen Soldaten in Oberösterreich, aber sie sind aus gewinnwidrigem Material hergestellt worden, um sie zu erwerben.

## Berksamung der Wohlfahrtsarbeit

### Oto Ernst bespricht das eigene Nest

Hamburg, 8. August. Bei einem Essen von Deutschamerikanern in einer Hamburger Weinluke stellte der gut rasseorientierten Sohn der Deutschen in Amerika gehörende Dichter Otto Ernst die unglaubliche Behauptung auf, daß von den 800 000 M., die von Deutschen in Amerika dem Kreis Blomberg für Wohlfahrtszwecke überwiesen wurden, 600 000 M. für Verwaltungswiederdrucke ausgewandert seien. Nur 200 000 M. wären im Sinne der Spender verblieben worden. Daran könne man erkennen, wie es heute in Deutschland zugehe. Die Deutschen in Amerika möglichen das doch nach ihrer Ansicht in Amerika für Deutschland gesammelt würden! Wie sich jetzt herausgestellt hat, ist von den Behauptungen des Otto Ernst nichts wahr: sie sind eine leichtfertige Verleumdung und eine geistlose Spottschilderung der deutschen Wohlfahrtsarbeit. Offenbar halten die gewöhnlichen Institutionen die Beschämung in ihrer Auswirkung auf Amerika für bedeutsam genug, um dagegen ehrliche Stellung zu nehmen. Sie haben alle Mittel dazu, ihre Wohlfahrtsarbeit gegen derart schmugge Vorwürfe zu schützen.

### Verboten

Magdeburg, 8. August. (Sig. Drachtmeldung) Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Genove Pörling, bat die Mitteldeutsche Presse und das Stadtchronik-Tageblatt auf zehn Tage verboten. Die beiden Blätter brachten einen Artikel über den Tod von Rothenau, in dem sie das Verdrehen anordneten.

### Entschädigung für Scapa Flow

Das Kabinett verfügt, daß dort von der deutschen Regierung ein Todesdienst als Teil der Entschädigung für die in Scapa Flow versunkenen Schiffe übergeben wird.

## Aus aller Welt

### Diplomatische Schriftsteller gestohlen

Paris, 8. August. Gestern abend verließ gegen 10 Uhr auf dem Bahnhof Vaugirard kurz vor der Abfahrt des Sonnenaufgangs nach Genf der mit der Begleitung der diplomatischen Post beauftragte Kurier einen Koffer seine Tasche an einem Handwagen. Als der Angehörige zurückkam, stellte er das Verschwinden eines Koffers fest. Der diplomatische Schriftsteller für den Volkerbund in Genf enthielt. Der Außenminister der Volksrepublik eröffnete sofort die Untersuchung. Man glaubt, daß der Dieb sich keine Bedenken über den Inhalt gab und daß er eher glaubte, den Koffer einer Privatperson zu entwenden.

### Interallierter Verfolgungswahn

Berlin, 8. August. Als heute nacht aus einem Hause in der Kurfürstendamm unbefugte Polizisten kamen, drangen Bewohner der umliegenden Grundstücke dort ein und banden (laut S. 2 am Mittag) in einer Wohnung den bei der Interallierten Kommission in Berlin in Dienst stehenden englischen Soldaten Obbe, der, nur mit einem Hemd bekleidet, eine Pistole in der Hand, von einem Zimmer ins andre lief und um Hilfe rief. Er leidet an Verfolgungswahn und glaubte sich von sechs Männern überfallen, die ihn erschießen wollten. Als die Leute ihn bändigen wollten, machte er sich frei und stieg in einem Zimmer alles aus und klein. Als er dann im Bett auf die Straße gerollt war, nahmen ihn Beamte der Zwischenpolizei fest. Von diesen wurde er der interallierten Kommission übergeben, die seine Verhaftung in ein Krankenhaus veranlaßte.

### Millionendiebstahl

Paderborn (Westfalen), 8. August. In der vergangenen Nacht wurde das Kassenlokal der Alpinen Meissner-Betriebsgruppe erbrochen. Es wurden 42 Millionen Mark gestohlen. Die Täter sind spurlos verschwunden.

Bei der Verfolgung von diesen entflohen wurde in Charlottenburg der Kaufmann Conrad Friedrich. Die Einbrecher waren in einem Triumphwagen entflohen. Die Einbrecher waren in einem Triumphwagen entflohen.

Bei zwei Unbekannten überfallen, bestand völlig entgleitet und ausgeraubt wurde im Walde bei Lüneburg im Kreis Lüneburg in der Nähe Graf Süddithland-Trauburg (N) auf dem Geheimen. Rund 84 000 M. Bargeld wurden ihm ein Bankbuch über 85 000 deutsliche Gulden, eine goldene Uhr und goldene Schnürgegenstände gestohlen.

## Parteiangelegenheiten

### Die Polizeifrage

Ein Polizei gegen die derzeitigen Staatskommissare für die öffentliche Ordnung im Reich und in Preußen

In einer gut besuchten Plenarversammlung des Reichsverbandes der Sozialdemokratischen Partei der Landeshauptstadt Weimar wurde am 2. August 1922 beschlossen, dem demnächst stattfindenden Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands folgend Antrag zur Verhandlung und zur Beschlußfassung zu unterbrechen:

Der Parteitag erwarte von den Vertretern der Partei in den Kabinetten in der Reichsregierung und in den Regierungsräten der Länder, daß sie nach den ungünstigen Erfahrungen der jüngsten und längsten Vergangenheit künftig der Wahrung der Personenfragen bei der Verhandlung von Staatskommissariaten für die öffentliche Ordnung sowie der Ausweitung der lebhaften Beamten wichtiger Polizeiführer, insbesondere auch der neuen Reichskriminalpolizei, ganz besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Nur Verhandlungspolitiker, ganz besonders jene, die keinen Selbstverständlichkeit wünschen, dürfen die öffentliche Ordnung künftig die Wahrung der Personenfragen für die Republik und ihre Sicherung außer Acht stellen. Sie dürfen mit Zustimmung von Sozialdemokraten in solche Stellen berufen werden.

### Le





